

Das Wichtigste

In der Nähe von Klausenburg (Rumänien) stürzte ein Autobus mit 22 Insassen von einem Abhang ab. 19 Insassen erlitten schwere Verletzungen.
Nach Meldungen aus Nicaragua wurde dort am Freitag ein schweres Erdbeben verspürt, das aber nach den bisher aus Managua vorliegenden Meldungen anscheinend nur geringen Schaden anrichtete.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Heimatschutzvorträge.) Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz kommt auch wieder in unseren Ort mit seinen allgemein beliebten Heimatschutzvorträgen. Es finden wieder 5 Vorträge statt und zwar am Dienstag, den 6. November ein Lautenabend des bekannten Erzgebirgsjägers Anton Günther, Gottesgab. Am Freitag, den 16. November hält der bekannte Ornithologe Paul Bernhardt, Dresden den Filmvortrag „In Schilf und Rohr“. Der Heimatschutz-Kasperle wird am Donnerstag, den 22. November Jung und Alt durch seine frohen, heiteren Vorführungen erfreuen. Donnerstag, den 29. November bietet Hofrat Professor D. Seyffert, Dresden, der 1. Vorsitzende des Heimatschutzes, den Filmvortrag „Das tausendjährige Meisen“. Die Vortragsreihe beschließt am Dienstag, den 4. Dezember Studienrat Dr. Karl Jordan, Bautzen, mit dem Lichtbildervortrag „Die Sechsstädte der Oberlausitz“. — Die Karte kostet 70 Pfg. für einen Vortrag im Vorverkauf im Zigarrenhaus Bernhard Beyer, Pulsnitz, Markt (an der Abendkasse 1 Mk.), Schüler zahlen 50 Pfg. und sind diese Karten nur an der Abendkasse erhältlich. An unsere Bevölkerung richten wir die Bitte, diese köstlichen Veranstaltungen auch diesmal wieder zahlreich zu besuchen und dem Landesverein dafür zu danken, daß er auch wieder zu uns mit seinen pädagogischen Vorträgen kommt.

Pulsnitz. (Arztlicher Sonntagsdienst.) Der ärztliche Sonntagsdienst wird am Sonntag, den 28. Oktober 1928 von Herrn Dr. med. Bietel versehen.

— (Steuerpflichtige), die ihre Vorauszahlungen auf Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer — Termin 10. Oktober 1928 — noch nicht entrichtet haben, werden auf die öffentliche Mahnung des Finanzamts Kamenz in amtlichen Teil der heutigen Ausgabe besonders aufmerksam gemacht.

— (Zuerst die Ochsen — dann die Schweine!) Zu dem von uns schon angekündigten Abbau der Schlachtsteuer in drei Stappen teilte Finanzminister Weber mit, daß zuerst die Ochsen und Kinder, dann die Kälber und ein Teil der Schweine und zuletzt der Rest der Schlachttiere von der Steuer befreit werden sollen. Ende 1931 dürfte sie damit erledigt sein.

— (Das Ergebnis des Volksbegehrens im Wahlkreis Dresden-Bautzen.) Für das Volksbegehren, Panzerkreuzerverbot, sind nach der vorläufigen amtlichen Feststellung in unserm Wahlkreis Dresden-Bautzen 41 000 Eintragungen erfolgt. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt 1 295 077.

— (Das Wetter mit den hohen Temperaturen hält vorläufig an.) Augenblicklich ist die Möglichkeit zur Entwicklung einer Kaltwetterlage außerordentlich gering. Da sich der hohe Luftdruck noch weiter über dem osteuropäischen Festlande verstärkt, so sind die Voraussetzungen zur Erhaltung der milden südlichen Strömung gegeben. Eine wesentliche Aenderung gegenüber dem zurzeit herrschenden Wetter ist also bei uns nicht anzunehmen. Es wird meist stark bewölkt sein, auch Regen kann jeden Tag, wenn auch nicht in sehr großen Mengen, niedergehen. Vorüberziehende Aufklärungszone bringen von Zeit zu Zeit etwas Sonnenschein. Die Temperaturen bleiben ziemlich hoch; Nachfröste sind nur vereinzelt und in geringer Stärke wahrscheinlich.

Lichtenberg. (Turnverein DT.) Zu Beginn der Sitzung des Turnrates gedachte man des verstorbenen Turnbruders W. Kaiser durch Erheben von den Plätzen. — Die Sitzung machte sich nötig, um über die nächsten Vereinsveranstaltungen zu beraten. Man beschloß, am Reformationsfest abends 8 Uhr in der Turnhalle einen „Rheinischen Abend“ als Ausklang zum Deutschen Turnfest in Köln zu veranstalten. Am Totensonntag gedenkt man, einen Abend zu Ehren der Gefallenen verbunden mit einem Bühnenumzug zu geben. In der Adventszeit wird vor den Kinderabteilungen ein Weihnachtsabend mit einem Weihnachtsspiel dargeboten werden. — Von verschiedenen Eingängen und Mitteilungen nahm man Kenntnis.

Lichtenberg. (Sprechstunde.) Das Arbeitsamt Kamenz hat in Lichtenberg für die Orte Lichtenberg, Mittelbach und Kleinbittmannsdorf Arbeitsamtsprechstunden eingerichtet. Diese finden Montags, Mittwochs und Sonnabends im Gemeindeamt statt. Näheres ist dort zu erfahren. Das Gemeindeamt nimmt Aufträge der Herren Arbeitgeber für Vermittlungen von Arbeitspersonal entgegen und gibt sie dem Arbeitsamt weiter. Gelegentlich der Sonnabends-Arbeitsamtsprechstunde wird auch die Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

Kamenz. (Anderweitige Verwendung eines Auslandsdarlehens.) In der letzten Sitzung des Kreisausschusses fand die Absicht der Stadtgemeinde Kamenz, das im Jahre 1926 aufgenommene Auslandsdarlehen von 170 000 Reichsmark teilweise anders als ursprünglich vorgesehen, nämlich zum Ausbau der städtischen Wasserversorgungsanlage, zu verwenden, Genehmigung.

Bautzen. (Eine Diphtherieepidemie.) Die Diphtherieerkrankungen haben in Bautzen einen ziemlich umfangreichen angenommen. Betroffen davon sind in erster Linie die Kinder im mittleren Alter. Mehrere Fälle sind bereits tödlich verlaufen. Bemerkenswert ist es, daß auch Erwachsene an Diphtherie erkrankt sind.

Groß-Schnau. (Todesfall.) Hier starb der langjährige erste Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes des Sächsischen Holzgewerbes und des Verbandes Sächsischer Möbelfabrikanten, der Fabrikbesitzer Wilhelm Richter in Groß-Schnau.

Dresden. (Eine große Razenaussstellung.) Vom 30. Oktober bis mit 4. November findet im Städtischen Ausstellungspalast unter dem Ehrenprotektorat des Herrn Oberbürgermeister Blüher eine großangelegte Razenaussstellung statt. Die Meldungen sind überaus zahlreich eingegangen, und zwar nicht nur aus Dresden selbst, sondern auch aus dem Reich, sogar Oesterreich und Frankreich hat Razen zur Schau gemeldet. Es werden alle Razenrassen vertreten sein.

Dresden. (Wegfall der Dresdner Jahrmärkte.) Zu dieser wichtigen Angelegenheit wird uns von Dresden folgendes geschrieben: Während die Handelskammer dem Beschlusse des Rates und der Stadtverordneten wegen Aufhebung der Dresdner Jahrmärkte beigetreten war, war vom Wirtschaftsministerium in Uebereinstimmung mit der Gewerbekammer dem Rate in Vorschlag gebracht worden, eine völlige Aufhebung vorberhand noch zu vermeiden und die Jahrmärkte möglichst auf einen anderen geeigneten Platz außerhalb des Zentrums der Stadt zu verlegen. Hierzu konnten nur 3 Plätze, das Dstragehege, die Vogelwiese oder der Maunplatz in Frage kommen, die aber sämtlich nicht der Stadt gehören und deren Ueberlassung jedenfalls auch besondere Abfindung und damit besondere Belastung der Verkäufer bedingt haben würde. Das Dstragehege, wo sich große Spielplätze befinden und die Vogelwiese, wo auch der Johannismarkt ausfallen müßte, konnten schon auch wegen der hier vorhandenen Ueberflutungswahrscheinlichkeit in Frage kommen. Der verhältnismäßig für die anderweitige Ueberbringung der Jahrmärkte noch am günstigsten gelegene würde ja der Maunplatz gewesen sein, für den aber anderweitig bereits Verwendung (Stadion) vorgesehen sein soll. Unter diesen Umständen ist der Rat auf seinem Beschlusse wegen endgültiger Aufhebung der Jahrmärkte bestehen geblieben. Somit wird jedenfalls der diesen Monat abgehaltene Michaelismarkt wohl der letzte Dresdner Jahrmarkt gewesen sein und damit eine für Stadt und Land in früherer Zeit und bisher bedeutungsvolle volkswirtschaftliche Einrichtung aus der Landeshauptstadt verschwinden. Bedauerlich ist es, daß hierdurch in dieser schweren Zeit eine große Anzahl Erzeuger von Waren im Lande, Händler, Schausteller usw. in ihrem Erwerb empfindlich mit beeinträchtigt werden. Der Abgang der meisten Waren auf dem Dresdner Jahrmärkten hing zwar hauptsächlich nur von der guten Platzlage im Stadtzentrum mit ab. Eine Verlegung der Jahrmärkte auf einen abgelegenen, entfernten Platz würde daher wahrscheinlich wohl auch ihr baldiges Ende bedeuten haben.

Chemnitz. (Verhandlungen in der Textilindustrie.) In Chemnitz fand eine stark besuchte außerordentliche Vollversammlung der Arbeitgeber in der sächsischen Textilindustrie statt, die sich mit dem Konflikt in der Textilindustrie beschäftigte. Die dort gefassten Beschlüsse werden vorläufig vertraulich behandelt, da in Berlin noch sehr wichtige Besprechungen stattfinden werden, deren Ergebnis über die etwa vorzunehmenden Maßnahmen, besonders gegenüber den Bestimmungen der Gewerkschaften auf Erreichung fortgesetzter Lohnerhöhungen usw., entscheidend sein wird.

Scheibenberg. (Absturzgefahr einer Basaltwand.) Umfangreiche Absturzungen haben sich am fiskalischen Steinbruch in Scheibenberg nötig gemacht. Dort ist ein etwa 20 Meter langer und 1½ Meter breiter Riß entstanden, der durch das ganze Basaltlager zu gehen scheint. Dadurch ist eine Basaltwand von rund 100 Quadratmeter vom Massiv abgetrennt worden und es muß mit ihrem Sturz in die Tiefe gerechnet werden.

Borna. (Keine Auflösung der Amtshauptmannschaft.) In der letzten Zeit sind in der Stadt Borna und im Bezirke Gerichte verbreitet worden, daß die Auflösung oder Aufteilung der Amtshauptmannschaft Borna nahe bevorstehe. Die Amtshauptmannschaft Borna erklärt hierzu, daß in der bekannten Denkschrift des Präsidenten des Staatsrechnungshofes, Schied, über die Vereinfachung der sächsischen Verwaltung die Verringerung der Zahl der Amtshauptmannschaften vorgeschlagen worden ist und daß das Ministerium des Innern pflichtgemäß diese Vorschläge der Denkschrift einer eingehenden Prüfung unterzieht. Eine Entschließung des Ministeriums wegen einer Verringerung der Zahl der Amtshauptmannschaften ist noch nicht getroffen.

Greiz. (Die ungünstige Lage der Textilindustrie.) Die allgemeine Lage der Textilindustrie ist gegenwärtig im Durchschnitt immer noch recht ungünstig. Fast in allen Zweigen dieser Industrie, ob in der Stammgarn- oder Seidenindustrie oder Baumwollindustrie, wird mit gekürzten Schichten gearbeitet. Im Greizer Bezirk haben die Webereilager heute schon vielfach Millionenwerte, so daß man sich in dieser Hinsicht Beschränkung auferlegen muß. Die Zahl der erwerbslosen Textilarbeiter vermehrt sich stetig.

Baldwin über Locarno

Berlin, 27. Oktober. Wie Berliner Blätter aus London melden, hielt Ministerpräsident Baldwin anlässlich der 10. Jahresfeier der Völkervereinigung in der Albertshalle eine Rede, in der er u. a. ausführte, das englische Volk habe nicht den Charakter, die alten Feindschaften lange nachzutragen, sondern es bemühe sich, den alten Haß zu vergessen. So sei es zu erklären, daß vollständig freundschaftliche Gefühle mit dem mächtigsten aller früheren Feinde wieder hergestellt seien. Der Glaube, daß England das Verdienst für sich beanspruchen könne, keine geringe Rolle bei der Verbesserung der Beziehungen gespielt zu haben, die jetzt zwischen Frankreich und Deutschland bestünden. Er müsse der Auffassung widersprechen, daß England bis zu einem gewissen Grade seine Stellung der Unparteilichkeit und der Vermittlung aufgegeben habe, die es gelegentlich der Unterzeichnung des Locarnovertrages eingenommen habe. Diese

Auffassung sei gänzlich unberechtigt. Patriotismus und Friedensliebe seien jetzt zwei Dinge, die miteinander in voller Harmonie stünden und sich gegenseitig ergänzten. Es bestähe keine Veränderung der Orientierung der englischen Politik. Interessen und Neigungen veranlaßten die Regierung Englands, in gleicher Weise die herzlichen Beziehungen mit Deutschland wie mit Frankreich beizubehalten und sogar zu stärken. Mit Italien würden seit Generationen die freundschaftlichsten Beziehungen gepflegt und nichts habe stattgefunden oder werde stattfinden, um diese Freundschaft zu unterbrechen. Im weiteren Verlauf seiner Rede bedauerte Baldwin, daß eine Verständigung mit Amerika in der Flottenfrage nicht gelungen sei. England habe nicht die Absicht, sich in ein Wettrennen mit den Vereinigten Staaten einzulassen und werde weiterhin an dem Grundsatz festhalten, im Bau von Kriegsschiffen nur ein langsames Tempo einschlagen. Politiker und Presse trügen die größte Verantwortung für das Gelingen des Erziehungswerkes der Menschheit zum Friedensgedanken. Das Ziel dieses Erziehungswerkes müsse sein, Gewalt und Haß im Völkerverleben auszurotten. Zum Schluß wies Baldwin daraufhin, daß es nicht darauf ankomme, Friedenspakte zu unterschreiben, sondern an den Frieden zu glauben und durch diesen Frieden seinem Volke und anderen Völkern das Haus des ewigen Friedens zu zimmern.

Kabinettsrat über die Reparationsfrage

Berlin. Nachdem der Reparationsagent Parler Gilbert sowohl mit dem Reichsfinanzminister Silberding als auch mit Reichskanzler Müller und anderen an der Reparationsfrage interessierten Persönlichkeiten verhandelt hat, fand am Freitag nachmittag eine Sitzung des Kabinetts statt, die sich mit der durch die Mitteilungen Gilberts geschaffenen Lage beschäftigte.

Man befürchtet in diplomatischen Kreisen Berlins, daß auf der Gegenseite bereits feste Vereinbarungen über die Höhe der kommenden deutschen Reparationsleistungen getroffen sind, und daß Deutschland einer Einheitsfront Englands, Frankreichs, Belgiens und wahrscheinlich auch Italiens gegenübersteht. Man hat aus Rom den Eindruck, daß Mussolini bereits zu stillschweigenden Vereinbarungen mit den anderen Mächten seine Zustimmung gegeben hat. Damit würde die Sachverständigenkonferenz gar nicht mehr die Aufgabe der Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit haben, sondern sie würde gewissermaßen schon im Auftrage der Regierungen über die Höhe der Reparationen verhandeln und die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit würde wieder nur unter dem Gesichtspunkt der Forderungen der Gegenseite erfolgen.

Drohender Zusammenbruch des Mittel- und Kleingewerbes.

Gilberus der Gewerbevereine.

Berlin. Der die brandenburgischen Vereine für Handel, Handwerk und Gewerbe umfassende Gewerbebund Brandenburg veranstaltete in der Reichshauptstadt eine eindrucksvolle Kundgebung. Veranlassung boten hierzu die an den Bund herangezogenen Silberfeste aus zahlreichen Gewerbevereinen der kleineren und mittleren Städte.

Syndikus Zimmermann schilderte u. a., wie jeder Zweig unserer Wirtschaft heute nur noch von Krediten lebe und wie durch die Steuerpolitik jede Kapitalbildung und somit auch eine Gesundung unserer Wirtschaft verhindert werde.

In den kleineren und mittleren Städten brechen die Gewerbetreibenden massenweise zusammen.

Trotz Nachweises, daß die Landbevölkerung nur Sonntags zum Einkauf in diese Städte käme, werde eine zweistündige Sonntagsverkaufszeit abgelehnt. In der heutigen Grenzmark wieder nehme man den Städten die Garnisonen fort. Alles dies habe bereits eine Abwanderung der bodenständigen Bevölkerung veranlaßt und müsse zu einer Entvölkerung unserer Ostgebiete führen.

In der Aussprache ergriff u. a. Reichsminister a. D. v. Raumer das Wort. Er meinte, daß man über die Beratungen der Länderkonferenz doch ziemlich optimistisch denke. Die Frage „Föderativ- oder Einheitsstaat“ werde künftig keine Rolle mehr spielen. Es werde sich nur um die Verteilung der Aufgaben handeln, wobei Reich und Länder gegenseitig abgeben müßten. Finanziell müßten wir für das kommende Jahr mit

300—400 Millionen Mark neuer Steuern

rechnen. Es sei richtig, daß die Gewerbetreibenden in den kleinen und mittleren Städten wohl am schwersten zu tragen hätten, aber es sei doch richtig, daß es der Großindustrie besser gehe. Er selber habe bei den jetzigen Lohnverhandlungen in der eisenverarbeitenden Industrie mitgewirkt. Würden die Kämpfe zu einer Lohnerhöhung führen, dann sei ein Abheben der Welle nicht zu übersehen.

Reform des Pachtfuß-Rechtes.

Wie verlautet, sind im Reichsernährungsministerium in Verbindung mit dem Reichsjustizministerium Vorarbeiten eingeleitet worden, um zu einer endgültigen und befriedigenden Regelung des Pachtfußrechts zu gelangen. Die jetzige Pachtfußordnung hat nur Gültigkeit bis zum Jahre 1929. Sie ist bereits einmal verlängert worden. Die Unsicherheit bei dem Pachtfußrecht hat sich aber als sehr störend herausgestellt. Es ist deshalb bedeutungsvoll, wenn jetzt versucht wird, das Provisorium in ein dauerndes Recht umzugestalten.

Räumung der 2. Zone vor dem 10. Januar 1929?

Berlin, 27. Oktober. Der „Vorwärts“ gibt eine Meldung der sozialistischen Pressedienstes wieder, nach der angeblich bei der Interalliierten Rheinlandkommission Anweisungen vorliegen, in welcher Weise die Räumung der zweiten Zone erfolgen solle. Vorgesehen sei die etappenweise militärische Räumung. Eine Ueberführung der Truppen der zweiten Zone in die dritte Zone scheine nach der bisherigen Vorbereitung nicht geplant zu sein. Die neuen

